

Medienbeobachtung

04.07.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Hartes Ringen ums Geld**
04.07.2023 , Kronen Zeitung Seite 2

Hartes Ringen ums Geld

Regierung bietet den Ländern zehn, diese wollen 40 Milliarden Euro. LH Kaiser lehnt „Angebot“ des Bundes dankend ab. Einigung bei Finanzausgleich noch lange nicht in Sicht.

Die Minister Rauch und Brunner matchen sich mit den Bundesländern

Beim Finanzausgleich geht es ans Eingemachte. Die Länder haben das „Angebot“ des Bundes abgelehnt. Sie fordern das Vierfache. Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) und Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) offerierten für die nächsten fünf Jahre insgesamt zehn Milliarden Euro für Gesundheit und Pflege. Dabei handelt es sich allerdings nur zum Teil um frisches Geld, ein Teil sind Zuwendungen, die es jetzt schon gibt, die aber auslaufen würden, etwa die Kompensation des Pflegeregresses.

Bund fordert von Ländern Reformen Zudem machten die Bundespolitiker klar, dass im Gegenzug für die Zuwendungen Reformen stattfinden müssten: „Geld alleine ist nicht die Lösung, es braucht selbstverständlich auch Reformen“, betonte Brunner. Rauch bekräftigte, dass man neben einer Stärkung des niedergelassenen Bereichs mit mehr Kassenstellen auch einen Ausbau der Fachambulanzen in den Spitälern anstrebt. Ebenfalls im Plan enthalten ist eine Ausweitung des Impfprogramms sowie eine Wirkstoffverschreibung für die Medikamentenversorgung. Wahlärzte sollen an E-Card und ELGA angebunden werden. Für die Länder reagierte der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), der derzeit Vorsitzender der LH-Konferenz ist.

Länder wollen sieben bis acht Milliarden pro Jahr Die zehn Milliarden seien ein Bruchteil dessen, was Länder, Städte und Gemeinden bräuchten – nämlich sieben bis acht Milliarden Euro pro Jahr, so Kaiser. Auf die Laufzeit des Finanzausgleiches gerechnet sind das 35 bis 40 Milliarden Euro. Angestrebt wird von den Ländern ein Finanzausgleich mit 60,5 Prozent für den Bund, 25 Prozent für die Länder und 14,5 Prozent für die Kommunen. Derzeit sei die Verteilung in etwa so: 66 Prozent Bund, 22 Prozent Länder, 11 Prozent Kommunen. Eine Fortschreibung lehnten die Länder unisono ab, sagte Kaiser.

Keine Einigung vor dem HerbstDer Städtebund blieb ebenfalls bei seinen Forderungen. Eine Änderung der vertikalen Verteilung der Steuereinnahmen zugunsten der Städte und Gemeinden sei unumgänglich, wenn die öffentlichen Leistungen in gewohnter Weise weiterbestehen sollen, meinte Generalsekretär Thomas Weninger. Eine Einigung wird es vor dem Herbst angesichts der Spannungen nicht geben.

Quelle	Kronen Zeitung
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch

Hartes Ringen ums Geld

Regierung bietet den Ländern zehn, diese wollen 40 Milliarden Euro. LH Kaiser lehnt „Angebot“ des Bundes dankend ab. Einigung bei Finanzausgleich noch lange nicht in Sicht.

Beim Finanzausgleich geht es ans Eingemachte. Die Länder haben das „Angebot“ des Bundes abgelehnt. Sie fordern das Vierfache. Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) und Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) offerierten für die nächsten fünf Jahre insgesamt zehn Milliarden Euro für Gesundheit und Pflege. Dabei handelt es sich allerdings nur zum Teil um frisches Geld, ein Teil sind Zuwendungen, die es jetzt schon gibt, die aber auslaufen würden, etwa die Kompensation des Pflege regresses.

Bund fordert von Ländern Reformen

Zudem machten die Bundespolitiker klar, dass im Gegenzug für die Zuwendungen Reformen stattfinden müssten: „Geld alleine ist nicht die Lösung, es braucht selbstverständlich auch Reformen“, betonte Brunner. Rauch bekräftigte, dass man neben einer Stär-

kung des niedergelassenen Bereichs mit mehr Kassenstellen auch einen Ausbau der Fachambulanzen in den Spitälern anstrebt. Ebenfalls im Plan enthalten ist eine Ausweitung des Impfprogramms sowie eine Wirkstoffverschreibung für die Medikamentenversorgung. Wahlärzte sollen an E-Card und ELGA angebunden werden. Für die Länder reagier-

te der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), der derzeit Vorsitzender der LH-Konferenz ist.

Länder wollen sieben bis acht Milliarden pro Jahr

Die zehn Milliarden seien ein Bruchteil dessen, was Länder, Städte und Gemeinden bräuchten – nämlich sieben bis acht Milliarden Euro

pro Jahr, so Kaiser. Auf die Laufzeit des Finanzausgleiches gerechnet sind das 35 bis 40 Milliarden Euro. Angestrebt wird von den Ländern ein Finanzausgleich mit 60,5 Prozent für den Bund, 25 Prozent für die Länder und 14,5 Prozent für die Kommunen. Derzeit sei die Verteilung in etwa so: 66 Prozent Bund, 22 Prozent Länder, 11 Prozent Kommunen. Eine Fortschreibung lehnten die Länder unisono ab, sagte Kaiser.

Keine Einigung vor dem Herbst

Der Städtebund blieb ebenfalls bei seinen Forderungen. Eine Änderung der vertikalen Verteilung der Steuereinnahmen zugunsten der Städte und Gemeinden sei unumgänglich, wenn die öffentlichen Leistungen in gewohnter Weise weiterbestehen sollen, meinte Generalsekretär Thomas Weninger. Eine Einigung wird es vor dem Herbst angesichts der Spannungen nicht geben. PM



Die Minister Rauch und Brunner matchen sich mit den Bundesländern

Foto: www.picturedesk.com



Fotomontage/Fotos: Daniel Scharinger, Zwerf

SP-Clubchef Kucher hat kein Verständnis für Steuergeschenke an Milliardäre

Wurden beim kika/Leiner-Deal Millionen an Steuern gespart?

SPÖ ortet Lücke im Grunderwerbsteuergesetz. Immobilienhaie können mit Umgehungsstrukturen Steuern sparen.

Hat sich Investor René Benko beim Kauf der Möbelhäuser von kika und Leiner im Jahr 2018 Millionen Euro an Steuern erspart? Jeder Häuslbauer oder Wohnungskäufer in Österreich muss eine Grunderwerbsteuer in der Höhe von 3,5 Prozent zahlen. Ausgerechnet milliardenschwere Immobilienhaie können sich diese Steuer allerdings ersparen. Das Grunderwerbsteuergesetz sieht nämlich vor, dass bei einem sogenannten

„Share-Deal“ eine Grunderwerbsteuer von nur 0,5 Prozent zur Anwendung gelangt. Dabei wechselt nicht das Grundstück direkt den Eigentümer, sondern eine Gesellschaft – etwa eine Immobilien-GmbH – die das Grundstück besitzt, wird übertragen.

SPÖ will Lücke im Gesetz schließen

Beim damaligen Kaufpreis von 500 Millionen Euro hätte die Grunderwerbsteuer beim kika/Leiner-

Deal 17,5 Millionen ausgemacht. Wie viel Steuern bei dem Geschäft bezahlt wurden, ist aufgrund des Amtsgeheimnisses unbekannt. Die SPÖ will jedenfalls neben dem Insolvenzrecht (die „Krone“ hat berichtet) die Schlupflöcher auch in diesem Gesetz schließen. Deutschland habe 2021 das Problem erkannt und die Umgehung der Grunderwerbsteuer erschwert. SPÖ-Clubchef Philip Kucher fordert das auch für Österreich. PM

Moment

CONNY BISCHOFBERGER
conny.bischofberger@kronenzeitung.at

Heilige Kuh

Schutz- und Rettungsschirme sind meist umstritten. 2012 war es der Bankenrettungsschirm, offiziell „Europäischer Stabilitätsmechanismus“, der für heftige Diskussionen sorgte. Dann der „Global Shield“ gegen Klimakatastrophen, auf den sich die G 7 geeinigt haben. In der Bundeshauptstadt wurde ein solcher „Schirm“ unlängst für die Wien Energie installiert.

Nun steht der Raketen-schutzschirm „Sky Shield“ im Zentrum der Debatte. Was Österreichs Beitritt zur europäischen Luftraumabwehr-Initiative betrifft, hielten sich Befürworter und Gegner bei der Umfrage auf krone.at lang die Waage. Letztlich regiert aber mit 55 Prozent die Skepsis.

Es geht wieder einmal um Österreichs Neutralität. Außenminister Alexander Schallenberg betont, dass der Beschluss der Regierung rein gar nichts damit zu tun habe. Bloß nicht anstreifen. Der FPÖ hingegen kommt das Thema gerade recht. Der geplante Beitritt sei eine „verheerende neutralitätspolitische Entscheidung“, tobt Kickl. Die Schlacht um die heilige Kuh ist eröffnet.

Aber die „immerwährende Neutralität“ ist mehr als das Übereinkommen, dass Österreich als unparteiliches Land niemals militärische Unterstützung – egal, für welches Land – leisten wird. Mehr als ein Klischee, das unangetastet bleiben muss. Seit der „Zeitenwende“, die der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert, kann es gar nicht genug Debatten über gelebte Neutralität geben.

ERSTES JUBILÄUM

Rote Rüge für Schwarz-Blau in NÖ: „100 Tage Stillstand und Intransparenz“

100 Tage, zwei Regierungsparteien, eine Bilanz. Niederösterreichs neuer SPÖ-Landespartei- und Privilegien-Verteilung vor. Die ÖVP teilt indes gegen SPÖ-Bundespartei- und Privilegien-Verteilung vor. Unter ihm sei die SPÖ bei für Niederösterreich wichtigen Verkehrsprojekten wie der S 8 falsch abgebogen.

angehört, Stillstand bei der Bekämpfung der Teuerung und Intransparenz bei der



Foto: SPÖ

RANKING

Gute Plätze für vier heimische Unis

Vier österreichische Universitäten sind beim „Times Higher Education Young University Ranking“ in der erweiterten Spitze gelandet. Die Medizin-Unis Graz, Innsbruck und Wien kamen auf die Plätze 16, 21 und 22, die Uni Klagenfurt ist in der Kategorie 101–150.

MEDIZINSTUDIUM

15.400 Bewerber für 1850 Plätze

An den österreichischen Medizinuniversitäten gehen die Bewerberzahlen zurück. Nun wurden die 18.000 Anmeldungen aus dem Rekordjahr 2021 schon zum zweiten Mal unterboten. Trotz Rückgang ist bis 2028 ein Anwachsen auf 2000 Studienplätze geplant.

GANZTAGSSCHULEN

Große Unterschiede nach Bundesländern

In Wien besucht fast die Hälfte der Schüler eine Ganztagschule, in Tirol sind es nur knapp 16 Prozent. Insgesamt besucht weniger als ein Drittel der Schüler in Österreich eine Ganztagschule. Das haben die Neos, die ein größeres Angebot fordern, mittels Anfrage ermittelt.

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die Regierung will dem „Sky Shield“ beitreten. Demnächst wird Türkis-Grün mit



Silvester-raketen aus dem Baumarkt wohl noch eine Marsmission starten.